

Neue Podzer Zeitung

Redaktion und Geschäftsstelle

Petrikauer-Strasse Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Inserate Kosten: Sogelotene Nonpareille oder deren Raum 7 Mk., Ausland 10 Mk. ...

Nr. 60.

Freitag, den 11. März 1921.

20. Jahrgang.

Nach der Okkupation deutscher Gebiete.

Eine Erklärung Schröders.

London, 8. März. (Polpr.) Das Mitglied der deutschen Delegation Schröder erklärte vor seiner Abreise aus London, daß von einem bewaffneten Widerstande Deutschlands keine Rede sein könne.

Glücklings.

Berlin, 8. März. (Polpr.) Seit gestern treffen Glücklinge aus den von den verbündeten Truppen okkupierten deutschen Gebieten in Berlin ein.

In Düsseldorf.

Berlin, 8. März. (Polpr.) Aus Düsseldorf wird berichtet, daß in der Stadt in Erwartung der Koalitionsabteilungen die ganze Nacht über eine Bewegung geherrscht hat.

Die Zollanordnungen.

Paris, 8. März. (Polpr.) Dem „Celaix“ wird aus London berichtet, daß die Zollanordnungen am 14. März in Kraft treten werden.

Rücktritt Dr. Simons?

Berlin, 8. März. (Polpr.) Die Deutsche Ag. Bg. wiederlegt die Gerüchte vom Rücktritt Dr. Simons und stellt fest, daß zwischen allen Mitgliedern der deutschen Regierung, sowie zwischen dem Parlament und der Regierung eine vollständige Verständigung besteht.

Die ökonomischen Repräsentanten.

London, 8. März. (Polpr.) Gestern nachmittag hielt Briand eine zwölfstündige Beratung mit Lloyd George ab.

Die deutsche Presse über die Situation.

Berlin, 9. März. (Polpr.) Die Nachricht von dem Abbruch der Londoner Verhandlungen wurde von der deutschen Presse im allgemeinen ruhig aufgenommen.

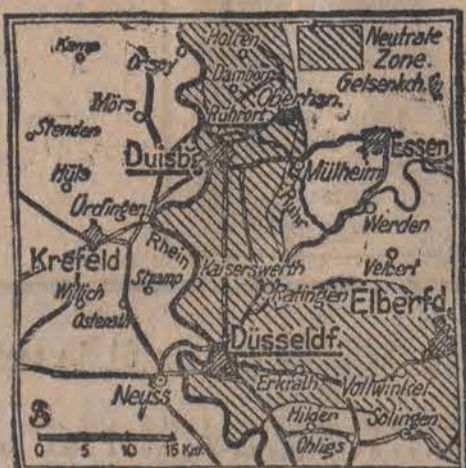
London, 10. März. (Pat.) In der letzten Plenarsitzung der Konferenz beglückwünschte Briand Lloyd George im Namen der Vertreter aller verbündeten Mächte zu der standhaften Haltung der Konferenz.

Paris, 10. März. (Pat.) Die Okkupation der Rheingebiete ist ohne irgend welche Vorfälle zum größten Teil beendet.

deuten Behörden im Sinne der Proklamationen Gen' Degouts verfahren würden, dann wäre die Okkupation ganz erklärlich.

London, 10. März. (Pat.) Die Verbündeten werden am Sonntag die österreichischen Delegierten anhören.

London, 10. März. (Pat.) „Times“ stellt aufgrund des „New-Yorker Herald“ fest, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Bestimmungen der verbündeten Staaten antreibt.



Karte zur Besetzung der deutschen Gebiete.

Berlin, 10. März. (Pat.) Die Koalitions-truppen besetzten gestern den Kohlenhafen Hamborn und übernahmen die Kontrolle der deutschen Kohlen-transporte.

Die Berliner Zeitungen berichten aus Koblenz, daß die Offiziere der Koalitions-mächte mit dem gestrigen Tage die Kontrolle der Kohlen-transporte übernommen haben.

London, 10. März. (Pat.) „Daily Chron.“ meldet, der deutsche Botschafter in London Dr. Hausfer werde nach seiner Rückkehr aus Berlin neue Instruktionen der deutschen Regierung unterbreiten.

Ankunft Dr. Simons.

Berlin, 10. März. (Pat.) Gestern Abend ist Dr. Simons mit der ganzen Delegation in Berlin eingetroffen.

Eine Beratung.

Berlin, 10. März. (Pat.) Gestern um 9 Uhr Abends fand, nach der Rückkehr Dr. Simons aus London, eine Sitzung des Reichskabinetts statt.

Berlin, 10. März. (Pat.) Das Außenwärtige Amt wird nach den Londoner Verhandlungen ein Weißbuch herausgeben, das dem Reichsparlament unterbreitet werden wird.

Belagerungszustand in Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. März. (Pat.) Gestern wurde über die Stadt und Umgebung der Belagerungszustand verhängt.

Weitere Zwangsmaßnahmen der Koalition.

Paris, 10. März. (Pat.) „Temps“ berichtet aus London: Auf der letzten Sitzung der Vertreter der Koalition wurden die Richtlinien bezüglich der Anwendung weiterer militärischer Zwangsmaßnahmen festgelegt.

Das Festhalten an den Bedingungen.

Paris, 10. März. (Pat.) „Matin“ berichtet, Minister Loucheur habe nach seiner Rückkehr aus London den Pressevertretern erklärt, daß bei einer etwaigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland die Forderungen Frankreichs keine Veränderung erfahren würden.

Die antibolschewistische Revolution in Rußland.

Französisches Geld?

Berlin, 8. März. (Polpr.) Im amtlichen Bericht der Moskauer Regierung über die Ansuchen in Rußland wird u. a. gesagt: „Die Delegierten der verräterischen Menschewiki weilt im Dezember in Paris, wo sie riesige Geldsummen von der Regierung und den französischen Kapitalisten erhielten.“

Wer leitet die Revolution?

Moskau, 8. März. (Polpr.) In den hiesigen Regierungskreisen herrscht bisher über die politische Leitung der antibolschewistischen Revolution vollständige Unklarheit.

Die Kämpfe um Petrograd.

Helsingfors, 8. März. (Polpr.) Ueber die letzten Ereignisse in Petrograd und Kronstadt wird aus Wiborg berichtet: Im Laufe des gestrigen Tages hörte man hier ganz deutlich Kanonendonner.

Moskau ohne Brot.

Moskau, 8. März. (Polpr.) „Siegodnia“ berichtet, daß die Moskauer Bevölkerung seit vier Tagen kein Brot erhalten hat.

Der Aufstand in Moskau unterdrückt?

Moskau, 8. März. (Polpr.) Die lettische Tel. Ag. erhielt heute die Nachricht, daß die Sowjet-Regierung den Aufstand in Moskau unterdrückt habe.

Revolution in Pskow?

Moskau, 8. März. (Polpr.) Aus Reval wird berichtet, daß nach bisher noch unkontrollierten Gerüchten in Pskow eine Meuterei von Abteilungen der roten Armee ausgebrochen ist.

Eine Erklärung Tschibschowins.

Moskau, 10. März. (Pat.) Tschibschowin macht eine Reglerungs-Erklärung bekannt, wonach die von den ausländischen Mächten gebrachten Nachrichten von großen Unruhen in Petersburg und Moskau nicht den Tatsachen entsprechen.

Drei Negierungen in Rußland.

In Reval sind Depeschen eingetroffen, die erkennen lassen, daß in Rußland gegenwärtig drei Regierungen bestehen: 1. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in Kronstadt, 2. Die Konarischen, die sich auf die Banen in Peterhof stützen, und 3. Die Quarzhiten, die in Petersburg mit den Bolschewisten kämpfen.

Truppen teil. Die Nachrichten von einer Beschießung Petersburgs und von dem Übergang der Besatzung auf die Seite der Russländischen setzen auf der Luft gegriffen.

Die Kämpfe um Kronstadt.

Danzig, 10. März. (Pat.) Die Danziger Bg. berichtet, von der finnischen Grenze, daß der Widerstand Kronstadts andauert.

Berlin, 10. März. (Pat.) Die „Post. Bg.“

berichtet, daß die Kronstadter Matrosen versucht haben, mit der Sowjet-Regierung in Petroburg in Verhandlungen zu treten.

Die Stimmung der russischen Kreise im Auslande.

Paris, 8. März. (Polpr.) In den hiesigen russischen politischen Kreisen herrscht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Rußland große Beunruhigung.

Kämpfe in Odessa.

Bukarest, 8. März. (Polpr.) In Kischiniew und anderen Städten Bessarabiens treffen zahlreiche Flüchtlinge aus Odessa ein, die behaupten, daß in dieser Stadt bereits seit einigen Tagen Kämpfe zwischen den Russländischen und Sowjet-Abteilungen ausgefochten werden.

Sieg der Aufständischen.

Kopenhagen, 10. März. (Pat.) Laut einem Telegramm aus Helsingfors nahm das Feuer der Matrosen in Kronstadt um 10 Uhr Abends an Stärke zu.

Stockholm, 10. März. (Pat.) Wolffsbüro „Nord. Pres.-Central“ berichtet, daß Krasnaja Gorka von Aufständischen eingenommen wurde.

Nachdem ein Projekt, darunter das der Emission von 20 Milliarden Mark, nach der ersten Lesung an die Kommission verwiesen wurden, wird zur Besprechung des Beschlusses über die Amnestie für Oberschlesien geschritten. Abg. Purzaj begrüßte das Gesetz dadurch, daß im Jahre 19 und 20 verschiedene Polen aus nationalen Gründen vor dem Terror der Deutschen nach Polen fliehen mußten. Hier hätten sie sich politische Verbrechen zuschulden kommen lassen. Diese Personen sollen bestraft werden, Sie sollen es wissen, daß die politische Regierung, sofern Oberschlesien zu Polen fällt, nicht Sachen aufrechnen werde, die in Ausnahmefällen vorkommen sind. Deshalb haben man auch an die Deutschen in Oberschlesien gedacht, weshalb das Regierungsprojekt die Amnestie auch auf Oberschlesien bezog, falls es an Polen fallen sollte. Die Kommission habe aber diesen Abschnitt gestrichen, weil dadurch die Anwendung von Terror gegenüber den Polen strafflos würde und eine noch größere Anwendung desselben erwartet werden könnte. Es besage das nicht, daß die Amnestie nicht auch auf die Deutschen bezogen werden könne, aber man könne das jetzt noch nicht entscheiden, umsonst, als der oberste Sejm in dieser Frage mitentscheiden würde. Die Oberschlesier können darüber beruhigt sein, denn die polnische Regierung würde nicht den Weg der Vergeltung gehen, wie dieses die deutsche Regierung tue. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es wird die dritte Lesung der Konstitution fortgesetzt. Abg. Niedzialkowski führt aus, die Konstitution bilde für die rechten Parteien einen Buchstaben des Gesetzes. Für uns ist sie nur ein Rahmen, der durch das Leben, und zwar den Klassenkampf, ausgefüllt wird. Redner führt weiter aus, daß nur das Einkommenssystem für Polen den Weg des Fortschrittes garantiere. Für die Selbstverwaltungskörper wünscht Redner das allgemeine Wahlrecht festgelegt zu sehen. Den vollen Minderheiten müsse man Rechte garantieren, die sie an den polnischen Staat fesseln. Daher ist Redner für territoriale Autonomie. Eine schwierige Frage sei die kulturelle Autonomie für die Minderheiten. Hier sei ebenso das Programm der Zionisten, wie auch der jüdischen Volkspartei zu verwerfen, denn es sei kein „Staat im Staat“ zu bilden und jedes Programm, das durch die Psychologie des Nationalismus und Besessenheit der Konfessionen beeinflusst sei, müsse abgewiesen werden. Als ersten Schritt zur Lösung der Judenfrage sieht Redner die vollkommene Gleichberechtigung der Juden im täglichen realen Leben an. Die konfessionelle Schule betrachtet Redner als eine Gefahr für die Zukunft Polens.

Abg. Kierul meinte, das polnische Volk werde nicht seine Wünsche erfüllt sehen, die es an den gesetzgebenden Sejm geknüpft hat, wenn das Konstitutionsprojekt in seiner Form Gesetz wird. Redner ist gegen den Senat und spricht sich gegen die Korrektur des christlichen Arbeiterklubs aus, die wieder verlangt, daß der Präsident Pale und Katholik sein muß. Redner ist auch gegen die konfessionelle Schule.

(Schluß folgt.)

Eduard Dato ꝛ.

Wie wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, wurde der spanische Ministerpräsident Eduard Dato vorgestern auf dem Wege vom Senat nach seiner Behauptung durch mehrere Revolvergeschosse getötet. Die Mörder, wahrscheinlich



Eduard Dato, spanischer Ministerpräsident.

Syndikalist, die sein Auto auf drei Motorpumpen verladen hatten und 27 Revolvergeschosse auf ihn abfeuerten, entkamen. Dato war am 11. Juni 1917 zum Ministerpräsidenten ernannt und erklärte sich der größten Glanz des Königs Alfonso, der seiner lebhaften Entzückung über die verwerfliche Tat Ausdruck gab und nur mit Mühe zurückgehalten werden konnte, auf den Tatort zu eilen.

Bu den Danziger Wirtschafts-Verhandlungen.

Danzig, 8. März. (Pat.) Die heutige deutsche Presse befaßt sich mit den gegenwärtig in Warschau stattfindenden Wirtschafts-Verhandlungen zwischen den Polen und den Danziger Deutschen und bringt alarmierende Nachrichten von dem angeblich drohenden Abbruch der Verhandlungen, weil die Polen, wie diese behaupten, allzu hohe Forderungen stellen. Die Annahme der polnischen Forderungen wäre nach Danziger Blättern ein vollständiger wirtschaftlicher Ruin für die freie Stadt Danzig. Ferner sucht die deutsche Danziger Presse den Beweis zu erbringen, daß die Polen versucht haben, unter dem Vorwand wirtschaftlicher Konzessionen Vorteile polnischer Natur zu erzwingen. Zum Schluß dringt die deutsche Presse, daß, falls die Polen ihre Forderungen nicht zurückziehen sollten, Danzig gezwungen sein wird, an die Völkerliga zu appellieren. Die Deutschen



Zur Konferenz in London. 1. Ankunft des deutschen Personals in London. 2. Lloyd George (R) begibt sich zur Konferenz. 3. General von Seeckt (G) bei der Ankunft in London.



Auerkennung und Versorgung mit Lebensmittel und Munition bitter. Die Peterburger Anarchisten, die einen Teil der Stadt besetzt haben, treten unter der Losung auf: „Die Nacht gehört Allen, niemand darf an der Spitze stehen“. Die Anarchisten in Peterhof haben einen Aufruf an die Bauern erlassen, in dem sie sie aufzufressen, kein Getreide an die Städte zu liefern, bis die russische Bevölkerung mit nationalen Kähnen und heiligen Standarden auf Land kommt. Die Losung ist: „Das Land dem Volke — die Nacht dem Baren!“ In Paris wurden nach der „Rufprobe“ bereits eine Million Kilo für Kronstadt gesammelt und über Helsinki und Neval überwiegen. Bereits Mittwoch sollten in Kronstadt Schiffe mit Lebensmitteln eintreffen.

Tosse über die Lage.

Ueber die Lage in Rußland befragt, gab Tosse in Riga am 8. März nach mehrtägligem Warten einem Journalisten zur Antwort: Die Situation ist besser, als irgend jemals, denn die inneren Feinde sind jetzt ein für alle Male zermalmt, obgleich sie sich lange vorbereitet hatten und von unseren aufwärtigen Feinden Hilfe erhielten. Gegenwärtig herrscht in Moskau und Petersburg Ruhe. Das Kronstädter Abenteuer wird sicher liquidiert werden. Auf die Frage über die Zahl der Dyrer sagte Tosse ruhig: „Die Totenräuber werden sie zählen!“

Straßenkämpfe in Odesa.

Konstantinopel, 10. März. In Odesa wüthen Straßenkämpfe. Abteilungen der Menschewill und ukrainischen Nationalisten kämpfen mit den Bolschewisten.

Erschießung amerikanischer Bürger (V. M. C. U.)

Wie aus Stockholm telegraphiert wird, wurde in Petersburg der amerikanische Bürger Wiklen und mehrere Mitglieder der „Ymca“ erschossen, weil sie den Aufständischen Verbände geholfen hätten.

Baku von den Türken besetzt.

Paris, 10. März. (Pat.) Laut Meldungen aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten am Montag Baku besetzt.

Ausbreitung des Aufstandes.

Riga, 10. März. (G. G.) Gestern abend traf die Nachricht ein, daß sich der Aufstand in Petersburg verbreitet. Es geht das Gerücht, daß die Aufständischen Nikolajew eingekerkert haben das bisher in Händen der Bolschewisten war.

Helsingfors, 10. März. (G. G.) In Petersburg und Umgebung sind furchtbare Feuerbrünste ausgebrochen, deren Scheit man an der finnischen Grenze sehen kann. Dagegen, an denen sich Schüler der Soviet-Militärschulen befinden, schießen in die Volkshäuser. Unter den Aufständischen befinden sich viele Frauen. Die Aufständischen haben die Telegraphenzentrale in die Luft gesprengt. Auf den Straßen patrouilliert Militär. Alle Neubrüden sind von starken roten Truppen besetzt.

In Kiew ist die ausübende Macht in die Hände eines Revolutionärs übergegangen, dessen Vorst ein Arbeiter Komarew ist. Die Lage der Sowjets ist in der Ukraine ungeheuer schwierig. Im Charower und Selenitschiner Gouvernement breitet sich der Aufstand aus. Der Eisenbahnerstreik zwischen Charow und Kiew ist gelöst.

Einzelheiten aus Moskau.

Helsingfors, 10. März. (G. G.) Die Aufständischen haben versucht den Kreis zu klümmen. Sie besaßen Herbei Kanonen und Maschinengewehre. Die Befragung des Kreml, die aus Teilen, Chinesen und Bakieren bestand, machte einen Ausfall und vertrieb die Besatzer bis hinter die Stadt. Auf Verfügung der „Schrednytschastka“ wurden mehrere einstufige zarische Generale erschossen.

Riga, 10. März. (Pat.) Die lettische Presse bezeichnet die Lage in Moskau als sehr mislicher. Einige Tausend Druker haben sich dem Streik angeschlossen. Einige rote Regimenter sind infolge Mangels an Lebensmitteln entwaflnet worden.

Danzig, 10. März. (Pat.) Die „Danz. N. Nachr.“ melden aus Helsingfors: Die Sowjetregierung erließ mehrere aufregendste Anordnungen zwecks Unterdrückung des Aufstandes. Massenevakuierungen von Bauern, die sich weigern ins Heer einzutreten, sind an der Tagesordnung. Die Bauern legen einen heftigen Widerstand entgegen. Den letzten Nachrichten zufolge wird die Sowjetregierung bereits Herrin der Lage. Der Eisenbahnerstreik zwischen Petersburg und Moskau entwickelt sich normal. Dasselbe Blatt meldet ferner aus London: Laut hier eingetroffenen Nachrichten sind Tropki und Sinowiew in Petersburg eingetroffen. Sie begaben sich in die Peterpaulsfestung, wohin der zum Oberbefehlshaber ernannte Brussow eingeladen wurde.

Kerenski.

London, 10. März. (Pat.) „Daily Mail“ teilt mit, daß Kerenski gestern aus Paris in London eingetroffen ist.

Mobilisierung in Griechenland.

Wien, 8. März. (Volpreb.) Der griechische Kriegsminister Canaris ordnete die Mobilisierung von sechs Jahrgängen an.

Unruhen in Liverpool.

London, 10. März. (Pat.) Die Blätter melden von einer Reihe von Feuerbränden in den Vororten Liverpool, die infolge von Ausschlägen entstanden sind.

Zu den Friedensverhandlungen in Riga.

Riga, 9. März. (G. G.) Die Redaktionskommission nahm den auf die Amnestie bezüglichen Artikel in dem von der juristischen Kommission beschlossenen Wortlaut an. Dieser Artikel sieht den Bürger beider Teile, die von der Gegenpartei für politische Vergehen bestraft worden waren, Amnestie zu. Die Redaktionskommission vertritt darauf weiter über die Rückgabe der kulturellen Güter. Die Bolschewisten wollen nicht den Plan der polnischen Regierungen, Posen, Volin und and. heranziehen, da diese Pläne für sie militärische Geheimnisse darstellen. Die Bolschewisten gingen nicht auf die Auslieferung des Reichs über den Kampf der Regierung gegen die revolutionäre Bewegung in Polen ein. Der polnischen Delegation gelang es mit großer Mühe, die Klausel bezüglich der Rückgabe der Dokumente über die polnischen Aufstände durchzuführen. Die Diskussion in Sachen der ultimatum ist noch nicht abgeschlossen, da die Bolschewigen von einer Rückgabe nichts hören wollen. Sie stehen dabei auf dem Standpunkte, daß die Sammlungen unantastbar und international seien. Sie versuchen eine internationale Arbitrage zu benutzen, die in jedem einzelnen Falle zu beurteilen hätte, ob das bezeichnete Objekt Polen zurückgestellt werden soll, ohne dabei das Gesamtbild der Sammlung anzufassen.

Riga, 9. März. (Pat.) Tosse, der gestern sich nicht wohl fühlte, nimmt heute an der Sitzung der Mediationskommission teil. Die Arbeiten bei den Friedensverhandlungen schreiten in normaler Weise vorwärts.

Aus Lettland.

Riga, 10. März. (Pat.) Der Präsident der lettischen Konstituante empfing Mohammed Walidhan, den Vertreter der Regierung von Afghanistan, in Ruidien, Mohammed Walidhan ist in Riga aus Moskau eingetroffen und begibt sich von hier aus nach Berlin und den anderen Residenzen des Westens.

Der litauische Außenminister Purzaj trifft in der nächsten Woche hier ein. Seine Ankunft steht mit der beabsichtigten Gründung der baltischen Union in Verbindung.

Der Vorstand der sozialistischen Partei Lettlands nahm eine Resolution an, in der gegen die bolschewistische Invasion in Ostpreußen protestiert und die Invasion eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker genannt wird.

Oberschlesien.

Bentzen, 10. März. (Pat.) Gestern sind die ersten Emigrantentransporte eingetroffen. Den hier eingegangenen Nachrichten zufolge sind gestern aus Duisburg 2 Büge, 1 aus Hamburg und Frankfurt am Main und 1 aus Berlin abgefahren. Auf dem Bahnhof in Berlin wurden die Emigranten von der örtlichen Bevölkerung und dem Magistrat begrüßt. Der Präsident der Stadt Berlin hielt eine Ansprache, in der er die Emigranten aufforderte, aus ihrer Ankunft in Oberschlesien eine starke Agitation zugunsten Deutschlands zu beginnen.

Bentzen, 10. März. (Pat.) Die Bevölkerung Oberschlesiens, sowohl die polnische, als die deutsche rechnet mit der unausbleiblichen Niederlage Deutschlands und laßt massenhafte polnische Märkte an. In einer Bentzener Bank erlano ein deutscher Kaufmann 10 Millionen polnische Mark.

Aus den Sejmkommissionen.

Warschau, 9. März. (Pat.) Die Agrarkommission beriet in Gegenwart des Landwirtschaftsministers über die Parzellierung der Donation Kolonien. Es wurde beschlossen, 1200 Morgen zu parzellieren und 800 Morgen zur Anlage einer Pflanzschule zu bestimmen. In der nächsten Sitzung wird die Frage eines dreimilliardenkredits für Frühjahrsaussaaten erwogen werden.

Die juristische Kommission besprach den Gesetzentwurf über die Amnestie für Oberschlesien. Die weiteren Debatten wurden vertagt.

In der Sitzung der Finanzbudgetkommission wurde beschlossen, einen aus 6 von Sejm erwählten Abgeordneten bestehenden Valutaregulator ins Leben zu rufen. In Sachen der Valutaregulation in Oberschlesien nahm die Kommission eine Erklärung des Finanzministers zur Kenntnis, der zufolge die Einführung der polnischen Wäla als einziges Zahlungsmittel im Wege der Verständigung des Finanzministers mit dem Wojewodschaftsrat erfolgen wird. Die deutsche Mark wird keinem Zwangscharakter zuzunehmen und dem Fiskus unterliegen. Die Regierung will insbesondere die Produktion, die deutsche Gelddruckerei, keiner Schädigung aussetzen. Das Finanzministerium ist bemüht, dafür zu sorgen, in der Uebergangszeit nach dem Anschluß Oberschlesiens an Polen keinen Mangel an Zahlungsmitteln eintreten zu lassen. Die endgültige Regelung der Angelegenheit soll einer aus 3 Sejmabgeordneten, 2 anderen Personen und 6 Vertretern der Bevölkerung Oberschlesiens bestehenden Kommission übertragen werden.

Die Auslandskommission besprach die Wilnaer Frage. Es sprach u. a. auch Minister Sapieha. Sowohl die Regierung als der Sejm sind für unmittelbare Verhandlungen mit dem Komwoer Litauen, wobei die Bevölkerung über ihre Staatsangehörigkeit gehört werden soll.

Warschau, 10. März. (Pat.) Die Verlehetekommission beriet über das Gesetz betreffend den Bau der Eisenbahn Gzerkulewo in Pommern. Der Gesetzentwurf wurde im Sinne der Regierungsvorlage mit kleinen formellen Änderungen angenommen. Abg. Mierzejewski referierte über den Umbau der Eisenbahnlinie Siemce-Mastek und den Bau der Linie Kutno-Plock. Die Kommission erkannte grundsätzlich die Notwendigkeit des Baues beider Linien an, es wurde jedoch empfohlen vor der Aufnahme der Arbeiten die Wünsche der interessierten Bevölkerung kennen zu lernen. Auf Antrag des Abg. Rosa wurde beschlossen die Regierung aufzufordern, den Invaliden besondere Abteile in den Eisenbahnwaggons einzuräumen.

Die Kommission für den Wiederaufbau des Landes besprach die Frage der Ausführung des Gesetzes vom 21. Januar 1921 über die Lieferung von Baumaterial an die Bevölkerung der durch den Krieg zerstörten Gebiete, zu den Preisen vom Juli 1919. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, wodurch die Regierung aufgefordert wird, im Jahre 1921 die Kredite für den Wiederaufbau bis zu der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten geforderten Höhe zu vergrößern, in den Sejm einen Entwurf des Statuts der staatlichen Kreditinstitution für den Wiederaufbau und zur Unterstützung der Wiederaufbaukooperativen einzubringen.

